

Corona – Wandel in Freiheit

von Werner Schmid

>Einleitung

Der Winzling Covid 19 (Corona-Virus mit 120-196 Nanometern Länge) stellt die gewohnte Ordnung auf den Kopf. Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Wichtige Bürger- und Freiheitsrechte – etwa Bewegungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit und Recht der freien Berufsausübung sind massiv eingeschränkt. Die Dauer dieser Beschränkungen (Stand 29.4.2020) ist (noch) offen. Die Einschränkungen werden von den Betroffenen weitgehend akzeptiert. Die politischen Entscheidungsträger konnten in Bayern und Deutschland die Bevölkerung von der Notwendigkeit überzeugen. Aber die Rufe nach Lockerungen werden lauter.

Die Einschnitte in das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben sind gewaltig. Allerdings sind öffentliche Infrastruktur und (Grund-)versorgung wie Müllabfuhr, Straßenreinigung, Strom-, Wasser- sowie Lebensmittelversorgung gesichert. Trotzdem hat sich unser Leben mehr nach innen gekehrt, Werte verändern sich gerade, aber auch die Ängste und Sorgen vieler Menschen steigen, sei es vor Ansteckung, sei es vor Vereinsamung, sei es vor dem Verlust der wirtschaftlichen Existenz.

Politische Maßnahmen zielen derzeit darauf, die Infektionsausbreitung zu verlangsamen und die Folgen für die Wirtschaft zu mildern. Und natürlich hoffen alle irgendwann auf eine Rückkehr zur sogenannten Normalität. Aber was bedeutet das? „Business as usual? Oder hat die verordnete „Zwangspause“ das Potenzial zu einer dauerhaften Veränderung und einem Wandel in verschiedenen Lebensbereichen? Prognosen sind bekanntlich schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen (Karl Valentin). An dieser Stelle will ich nicht in die Glaskugel schauen. Vielmehr will ich den Blick für Chancen schärfen, die eine solche Krise bietet, sei es für den Einzelnen, sei es für die gesamte Gesellschaft.

Die Pandemie zeigt vor allem: Nur als Kollektiv sind Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, in der Lage, diese zu überwinden. Und die Riesenaufgabe der Zukunftsgestaltung muss von den menschlichen und gesellschaftlichen Werten ausgehen, die in der Krise Vorrang vor anderen Interessen hatten und haben. Zahlreiche Politiker hatten zu Recht gesagt, dass in der akuten Situation die Gesundheit der Menschen, ihr Recht auf Leben, ihr Schutz und – bei den Infizierten – eine rasche und medizinisch effiziente Behandlung Vorrang vor rein wirtschaftlichen Interessen haben. Die Frage wird also in Zukunft sein: Welche Werte sind für uns als Einzelne und als Gesellschaft zukunftstauglich,

generationengerecht und damit für eine Ausrichtung unserer Gemeinschaftsordnung bedeutend oder sogar maßgeblich?

>Absicht des Autors

Nun bin ich weder Publizist, Politiker, Wissenschaftler oder Zukunftsforscher. Ich beschäftige mich aber schon jahrzehntelang mit Umwelt- und Zukunftsfragen. Meine Beiträge sind keine unumstößlichen Weisheiten, sondern sie sollen Denkanstöße geben. Gewissheiten vorzutäuschen wäre in dieser Zeit unredlich. Deshalb habe ich deshalb vielfach nur Fragen gestellt, die sich aufdrängen und denen wir uns stellen müssen. Und ich wünsche mir vor allem Eines: Dass Sie/Ihr das lest. Sagt nicht schön oder nett oder doof. Ich möchte mit Ihnen/mit Euch darüber reden.

Die vielfach geforderte Rückkehr zur „Normalität“ darf den Blick eben nicht verstellen dafür, dass wir in vielen Lebensbereichen die Grenzen des für den Planeten Erträglichen überschritten haben – der sog. Earth Day am 22. April zeigt dies eindrucksvoll. Die Diskussion über zukünftiges Leben und Wirtschaften muss unbedingt geführt werden. Denn ich zitiere Joanna Macy, die amerikanische Systemanalytikerin: „Die größte Gefahr aller Gefahren, die uns drohen, ist die Gefahr der Verdrängung“.

Die folgende Auswahl der Lebens- und Handlungsbereiche ist subjektiv und keineswegs vollständig. Wichtige Fragen für mich sind Freiheit und ihre Grenzen, Gerechtigkeit, Demokratie und Werte in einer zukunftstauglichen Gesellschaft- Aber jede Geschichte kann weiter geschrieben werden.

Beginnen möchte ich mit

>Selbstreflexion

Veränderung fängt bei uns selbst an. Deshalb ist es sinnvoll, sich persönlich einige Fragen zu stellen: Wie komme ich mit der jetzigen Situation zurecht? Bin ich gelassen? Bin ich aufgebracht? Wofür nehme ich mir mehr Zeit? Was machen die Diskussionen zu Corona mit mir? Sehe ich meine Bedürfnisse anders? Was fehlt mir am meisten? Was finde ich positiv? Schau ich optimistisch oder pessimistisch in die Zukunft? Hat sich mein Verhältnis zu anderen geändert? Gibt es mehr Bereitschaft, anderen zu helfen?

Die „Corona-Zeit“ ist die Chance, sich bewusst zu werden, was brauche ich wirklich, um mich gut fühlen zu können, z.B. an Nahrung, Gebrauchsgütern, Ablenkungen, Programm, Bewegung, Sport, Reisen, Kommunikation oder an persönlichen Kontakten?

Wie soll die Welt für mich und andere in der Zukunft aussehen? Was kann bzw. will ich selbst dazu beitragen?

Schwierig ist es, angesichts von Falschmeldungen und Verschwörungstheorien, Beispiele sind der lange Zeit vorherrschende Umgang Chinas, aber auch anderer Regierungen, mit dem Virus, die Ablenkungsmanöver im Iran oder die Verbreitung von übelsten rassistischen Pamphleten im Internet, einem eigenem Kompass zu folgen, der einem vor dem Schlimmsten bewahrt. Patentrezepte gibt es dafür nicht. Sich aus vielfältigen Quellen informieren, mit anderen Menschen diskutieren und mit dem gesunden Menschenverstand überprüfen, was einem vorgesetzt wird und hartnäckig nachfragen bzw. selbst recherchieren- mehr kann ich dazu nicht sagen.

Insgesamt also mehr Fragen als Antworten. Es ist jede/jeder selbst gefragt.

>Freiheit und Demokratie - richtig verstanden

Freiheitsrechte wie Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit oder freie Berufsausübung sind ein wichtiges Gut unserer Zivilisation. Sie dürfen nur aus überragend wichtigen Gründen so stark wie jetzt eingeschränkt werden. Das Recht auf Leben und Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG) ist ein solcher Grund. Kann uns die aktuelle Erfahrung allgemein zu der Einsicht führen: Freiheit ist auch Verantwortung. Nämlich vor allem in einem ethischen und ökologischen Sinne. Ein Beispiel: Eigentum ist in der Verfassung, garantiert, gleichzeitig ist festgehalten: Eigentum verpflichtet (Art. 14 Abs. 2 GG). Und die Corona-Krise zeigt auch, wie eng Rechte und Pflichten verknüpft sind. Wir werden vom Staat verpflichtet, zu Hause zu bleiben, auch wenn wir gesund und nicht infiziert sind. In erster Linie, um gefährdete Menschen, insbesondere alte und/oder solche mit Vorerkrankungen, zu schützen. Andere Grundrechte, etwa die Religionsfreiheit, müssen zum Schutz des Gutes Gesundheit hintanstellen. Doch muss es rechtlich überprüfbar und verfassungskonform sein. Totalitäre Systeme sind schnell bei der Hand, wenn es um Einschränkungen, Verbote oder Überwachung geht. Aber um welchen Preis? Um nichts Geringeres als die Freiheit. Bei uns will das (fast) niemand, aber trotzdem müssen wir auch als Demokraten wachsam bleiben. Ein Notstand ist nur ein Notstand auf Zeit, die Freiheit darf nicht dauerhaft „weggesperrt „ werden, wie es der österreichische Liedermacher Georg Danzer eindrucksvoll in seinem Lied „Die Freiheit“ beschreibt. Im politischen Raum ist die Kunst, mit Empfehlungen und Geboten ein Klima der Einsicht zu erzeugen und das Verhalten nicht „nur“ mit Verboten zu lenken.

Doch sind wir wirklich zu dieser Einsicht fähig? Darüber gibt es durchaus ernst zu nehmende unterschiedliche Ansichten. So bemängelte etwa kürzlich die Politikerin, Landesverfassungsrichterin und Bestsellerautorin Juli Zeh, dass Bundes- und Landespolitik zu stark auf bindende Einschränkungen und Verbote gesetzt haben, anstelle über das rechte Maß der Einschränkungen zu diskutieren und auf die Vernunft der Menschen zu setzen. Immerhin geht Schweden mit seinen vergleichsweise milden Beschränkungen bisher einen Sonderweg...

Wie verträglich ist der Einsatz elektronischer Medien in einer Pandemie-Krise mit verbürgten Freiheitsrechten? Derzeit wird bei uns eine „App“ entwickelt, mit der Infektionsketten nachverfolgt werden können. Um Widerstände oder zumindest ein Unbehagen zu vermindern, soll der Gebrauch freiwillig sein und die „Ortung“ von infizierten Menschen (SmartphonennutzerInnen und Kontaktpersonen) anonym, also nicht personenbezogen erfolgen. Umfragen belegen, dass eine Mehrheit – bei entsprechender Sicherheit – sich eine solche „App“ installieren würde. In diesem Zusammenhang wird immer wieder Südkorea genannt. Hier wird seit Bekanntwerden der Pandemie flächendeckend eine „App“ zur Identifizierung von Ansteckungskontakten eingesetzt. Sie ist verpflichtend und wird von der Bevölkerung weitgehend akzeptiert. Die Aktion ist noch weit weg vom Überwachungssystem in China, wo elektronisch gesammelte Daten vom Staat zur sozialen Kontrolle eingesetzt werden. Der israelische Bestsellerautor und Hochschullehrer Yuva Noah Harari hält das Vorgehen Südkoreas noch für vertretbar, fordert aber strenge Regeln dafür, um einen Missbrauch der Daten möglichst auszuschließen.

Letztlich sind auch freiwillige „Apps“ an Demokratie und Rechtsstaat zu messen. Unabdingbar sind die Begrenzung der Anwendung auf das absolut Notwendige, eine parlamentarische Kontrolle des Einsatzes und die Überprüfung durch eine unabhängige Kommission, etwa durch einen Ethikrat. Wahrscheinlich hat Harari Recht, dass man neue Technologien nicht ignorieren kann. Doch ist in der Demokratie Wachsamkeit das oberste Gebot. Oder sollte doch der Kabarettist recht haben, der kürzlich sagte: „Demokratie ist auch, wenn eine Mehrheit es richtig findet, dass sie beschissen wird“.

Freiheit im Sinne der Existenzphilosophen (wie Sartre, Camus, Heidegger) ist Schicksalhafter („Hineingeworfensein“ der Menschen). Freiheit ist auch bewusster Verzicht auf Freiheit. Ein Beispiel: Wenn ich auf weitläufige Ausflüge in Zeiten von Corona verzichte, obwohl es nicht verboten ist, handle ich in Freiheit.

Praktisch heißt das, sich bei allem täglichen Handeln zu fragen, ob das, was ich tun könnte – weil es Spaß macht, weil es „in“ oder „cool“ ist, weil das EGO es verlangt, wirklich verantwortbar ist oder ob nicht weniger mehr ist.

>Gesellschaft:

Krisen lösen Hilfsbereitschaft und Solidarität aus. Das ist schön und tröstlich. Doch darf das an Landkreis-, Länder -oder Erdteilgrenzen Halt machen? Gerade diese Pandemie führt uns die Tatsache „Wir sitzen alle in einem Boot“ vor Augen. Ständig zeigen uns Nachrichten die Schicksale Betroffener in Europa und der ganzen Welt . Also wenden wir die genannten Werte doch auch bei globalen Herausforderungen wie Klimaschutz, Migration und Digitalisierung a!!

Und als Gesellschaft müssen wir uns fragen: Wie verdichtet muss alles sein? Aus dem oft grenzenlosen Anspruchsdenken resultieren fast industriell anmutende Strukturen in vielen gesellschaftlichen Bereichen wie Kunst und Kultur, Sport.

Tourismus, Lebensmittelversorgung, Landwirtschaft etc. Muss nicht eine neue Balance zwischen Verwirklichung des EGO und dem Gemeinwohl gefunden werden?

Kann aus der Corona-Erfahrung ein neuer Wertekanon erwachsen: Bescheidenheit, Gelassenheit, Zeit spenden(= sich Zeit nehmen, für das, was wichtig ist), Ansprüche reduzieren, das Gespräch suchen und pflegen?

Eine wichtige Frage ist aber: Wo und in welchem Rahmen können drängende Fragen der Zukunft diskutiert werden? Meine Meinung ist: Natürlich spielen digitale Medien künftig eine größere Rolle – das sind auch die Erfahrungen der Corona-Zeit. Und doch braucht es auch persönlichere Formen des Austausches und der Diskussion, etwa als unabhängige, offene Gesprächsforen, die meinungsbildend wirken sollen. Dafür braucht es Geld, gut angelegtes Geld für eine mündige Gesellschaft.

Der „kritische Diskurs“, wie ihn der deutsche Philosoph Jürgen Habermas immer wieder einfordert, ist wohl ein Schlüsselinstrument, um die „inneren Dämonen“ unserer Gesellschaft, vor denen der bereits genannte Autor Harari „mehr Angst hat als vor dem Virus“, wirksam zu begegnen?

>Gerechtigkeit

Viele Diskussionen, die bereits im Fluss sind, drehen sich um Fragen der Gerechtigkeit und das sind mitunter die schwierigsten. Denn je nach Standpunkt und eigener Sozialisation werde ich es vielleicht für wichtig finden, dass bald wieder Fußballspiele stattfinden dürfen, neue Autos gekauft werden können oder Kinder aus verschiedenen Familien wieder miteinander spielen dürfen. Bereits jetzt werden Gerichte angerufen, damit die Waage der Justitia nachprüft, ob staatliche Maßnahmen notwendig und in der Abwägung auch gerecht sind. Das mag im Einzelfall gelingen („Wesentlich Gleiches muss gleich behandelt werden“), etwa, wenn es um die Größe des Einzelhandels geht, der seine Türen wieder öffnen darf. Aber es liegt eben viel an verfestigten Systemen, dass wir heute Vieles nicht mehr als gerecht empfinden. Dazu gehört jetzt die schlechte Bezahlung verschiedener Berufe. In der Krise erkennen wir, wie entscheidend Leistungen von Menschen in der Pflege, im Verkauf oder bei der Zustellung sind. Hier muss sich die Gesellschaft sehr deutlich und lautstark äußern, dass es die vorherrschenden Lohn- und Gehaltsstrukturen nicht mehr für tragbar hält.

>Gesundheitssystem:

Der Winzling Covid 19 hat unser deutsches Gesundheitssystem (fast) an seine Grenzen gebracht, Dabei ist die globale Infektion nicht vom Himmel gefallen. Die vorhandenen Pandemiepläne sind nur unzureichend umgesetzt worden. Dies führte zu Engpässen bei Intensivbetten, bei Schutzausrüstungen und Testkapazitäten. Die eigentlichen Fragen zu unserem Gesundheitssystem sind aber:

- Reichen Einrichtungen, Behandlungsbetten, Geräte, Ausrüstungen und behandelnde und pflegende Personen für solche Krisen aus?
- Wie müssen Pflegende in Krankenhäusern sowie Alten- und Pflegeheimen

künftig bezahlt und als wichtige Säulen in unserem Gesundheitssystem eingeordnet werden?

- Wie kann die Abhängigkeit bei der Beschaffung von Medikamenten, Geräten Material und Ausrüstung von Importen verringert werden?
- Sollte es der Gesellschaft wert sein, die Trägerschaft für oder den Einfluss der öffentlichen Hand auf Gesundheitseinrichtungen zu stärken?

Corona ist in vieler Hinsicht ein Lernprozess. Dachte man anfangs, dass junge Menschen nicht oder kaum betroffen sind, musste man diese Auffassung korrigieren, auch wenn ein schwerer Verlauf eher die Ausnahme ist. Doch erst jetzt (Stand 1.5) beginnen Studien, inwieweit Kinder andere Kinder oder Erwachsene infizieren können. Trotz weiterhin relativ hoher Infektionszahlen wurden bereits Schulen (z.B. in NRW) wieder geöffnet.

Verwunderlich ist auch, wie wenig in dieser Zeit darüber informiert wird, wie Menschen ihr Immunsystem stärken können, braucht man doch gegen virale Angriffe ein starkes Immunsystem.

>Grenzen und Ergänzung der Politik

Die Politik bemüht sich in diesen Wochen um ein gutes Krisenmanagement. Das Bemühen um entschlossenes und nachvollziehbares Handeln darf man – bezogen auf Bayern und Deutschland - anerkennen. Regierungen haben – das ist oft nicht so - auf Fachleute wie Virologen und Epidemiologen gehört und Bayern hat sogar einen Ethikrat eingesetzt. Erkennbar ist, dass unsere föderalen Strukturen Vor- und Nachteile haben. Gerade bei Lockerungen, wie etwa vorzeitige Schulöffnungen, können die Länder flexibel reagieren, erzeugen aber auch Debatten über deren Berechtigung.

Ich wage die These: Ein tiefgreifender Wandel von systemischen Strukturen (z.B. Gesundheitssystem) oder im Werteverständnis kann in nächster Zeit von der Politik allein nicht bewältigt werden. Genauso wenig wie die sog. „Märkte“ die Folgen der Corona-Krise regeln können, braucht die Politik neben dem Willen zur Veränderung den Druck und die Unterstützung der Gesellschaft. Das parlamentarische System muss dabei gar nicht über den Haufen geworfen werden. Es sollte nur sinnvoll ergänzt werden – unter Beteiligung unabhängiger Experten (*Ethikrat, Gesellschaftsrat*). Neben den mit Fachleuten besetzten Gremien sollten – auf den verschiedenen Ebenen, auch nach dem Losverfahren ermittelte Bürgerräte einberufen und mit Empfehlungsbefugnissen ausgestattet werden. Dies ist nichts anders als die Weiterentwicklung unserer Demokratie. Einige Länder sind da schon weiter als wir. Island hat etwa 2012 einen Verfassungsentwurf von einem gewählten Bürgerkonvent ausarbeiten lassen und das Volk hat in einem Referendum mit großer Mehrheit zugestimmt. Zur Weiterentwicklung gehört auch mehr Fehlertoleranz bei

Regierungen und Parteien, also Fehler einzugestehen und bei Bedarf Korrekturen vorzunehmen. Notwendig ist eine schonungslose Analyse, welche politischen Fehler überhaupt dazu geführt haben, dass sich die Pandemie in dieser katastrophalen Weise ausgebreitet hat. Ein Kuriosum am Rande: China hat nach Ausbruch des Corona-Virus das Essen von Katzen und Hunden verboten.

Ein fataler politischer Fehler wäre es, eine Krise gegen andere Herausforderungen auszuspielen. Im Gegenteil. Die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie muss in einem inneren Zusammenhang mit Klimawandel und Migrationsbewegungen gestellt werden. Das Beispiel Somalia etwa zeigt, wie das Land u.a. wegen des unterentwickelten Gesundheitssystems mit der Pandemie völlig überfordert ist. Die Folgen treffen also gerade die armen Länder besonders hart. Da greifen auch reine Finanzhilfen zu kurz. Es braucht eine massive Stärkung der Infrastruktur und des Gemeinwesens.> Corona ist eigentlich AGENDA 21 Thema.

Die Corona-Krise lehrt, dass die Bürger bereit sind, auch starke Einschränkungen hinzunehmen, wenn es ihnen einleuchtend und eindringlich erklärt wird. Wieso weigert sich die Politik, auch beim Klimawandel so zu verfahren. Die deutschen und europäischen Klimaziele sind angesichts der Bedrohung nicht ausreichend und es wäre gerade ein Treppenwitz einer laschen Umweltpolitik, wenn Deutschland seine Klimaziele für 2020 gerade wegen der Corona-Krise erfüllen könnte und sich dann selbstzufrieden in seiner bisherigen Strategie bestätigt fühlt. Warum nennt man die Dinge nicht deutlich beim Namen und sagt, dass man beim Pro-Kopf-Ausstoß von Treibhausgasen von durchschnittlich 10 t pro Jahr auf 3 t herunter muss. Ich schlage einen kreativen Wettbewerb für eine Kampagne vor. Ein Versuch: Sei solidarisch beim Klima – Geh runter vom (Treibhaus)-Gas- 3 Tonnen pro Jahr sind genug!

Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt!

Und jetzt ist der richtige Zeitpunkt: Gerade wurde in Österreich zum Internationalen Earth-Day am 22. April von vielen Organisationen und Wissenschaftlern ein Lebensmanifest unterzeichnet:

https://www.forumcsr.net/News/14599/Lebensmanifest.html?_newsletter=279&_abo=25497

Nach Außenminister Maas will die Bundesregierung die deutsche Ratspräsidentschaft ab 1.7. dazu nutzen, um die Folgen der Corona-Krise zu bekämpfen. Steht ein Masterplan dahinter? Wäre es nicht ein guter Anfang, den Appell von Papst Franziskus am Ostersonntag aufzugreifen, keine Waffen mehr zu bauen?

Mir stellen sich folgende Fragen:

1. Was kann Deutschland von anderen lernen?
2. Welche Fehler wurden gemacht?

3. Welche Korrekturen sind angebracht?
4. Wie kann darüber eine demokratische Debatte geführt werden?
5. Was muss sich in der EU-Politik ändern (Europarat?) und
6. welche Rolle kann Deutschland dabei spielen?

Fest steht: Es gab, vor allem am Anfang, gravierende Versäumnisse und Fehler. Einseitige Schuldzuweisungen können natürlich zum Bumerang werden. Aber ein weltweites Frühwarnsystem, das auch überprüfbar ist und zu dem sich alle verpflichten, wäre ein wichtiger Schritt.

Für die EU sollte gelten: mehr Gemeinschaft statt mehr Wettbewerb, mehr Solidarität, Handel ja, aber fair,

Gesellschaften reagieren sehr unterschiedlich auf oder in der Krise. Erstaunlich finde ich die Italienerinnen und Italiener. Sie sind gerade in Norditalien stark betroffen, haben strikte Beschränkungen und feierten trotzdem am 25.4.2020 75 Jahre Befreiung vom Faschismus mit dem Lied „Bella ciao“ – gesungen meist von ihren Balkonen.

>Wirtschaft

Unternehmen, Geschäfte und Läden schließen zu müssen, bedeutet für die Betroffenen (Inhaber, Mitarbeiter, Familien) oft hohe Einbußen und teilweise existenzielle Nöte. Staatlicherseits ist es wichtig, Perspektiven zu geben und Hilfen zu gewähren. Einen wirklich verlässlichen Rahmen für die Zukunft zu schaffen, kann derzeit niemand. Zu viele Faktoren spielen eine Rolle. Die „Wirtschaft wieder hochfahren“, ist eine oft gehörte Losung. Klar ist, dass die verschiedenen Wirtschaftszweige in die Lage versetzt werden müssen, möglichst wieder aus eigener Kraft wirtschaften zu können. Aber wie sollen künftig „Beschleunigung, Höchstgeschwindigkeit und Ökodesign“ aussehen, um in der Sprache der Automobilbauer zu bleiben? Kann man sich auf ein neues oder ein dem Wandel angepasstes System verständigen? Etwa mehr regionale, nachhaltige und am Gemeinwohl orientierte Elemente? Wie und wo muss reguliert, wo neue Anreize gesetzt werden? Wie muss die Wirtschaft selbst darauf reagieren? Sind Entwicklungen wie grenzenlose Globalisierung, knappste Preiskalkulationen, nicht überschaubare Lieferketten und shareholder-value-Mentalität nicht eigentlich überholte Ausprägungen einer nicht zukunftsfähigen Wirtschaft? Muss bzw. darf alles wie bisher wieder „hochgefahren“ werden oder muss eine wirtschaftliche Betätigung gleichzeitig strengeren Vorgaben unterworfen werden?

Wenn „der Staat“ hilft und rettet, darf nicht übersehen werden, dass er dies mit Steuergeldern tut. Damit sollte der Bürger auch mitbestimmen über eine künftige Ausrichtung der Wirtschaft. Es muss deshalb eine Debatte darüber geben, etwas, was Regierungen meist scheuen, weil sie es für bedrohlich ansehen.

Und noch etwas sollte uns Corona lehren: Bisher häufig benachteiligte Berufe und Dienstleister mit zu schlechter Bezahlung oder wenig Wertschätzung, sind in der Krise plötzlich „systemrelevant“. Versäumnisse werden politisch eiligst mit „Geschenken“ kompensiert, etwa Pflegekräfte mit Einmalzahlungen. Aber brauchen wir nicht generell ein anderes, mehr am Menschen orientiertes Bewertungs- und Honorierungssystem?

Vielleicht erfahren durch Corona folgende „Tugenden“ wieder mehr Wertschätzung: Direkter Kundenkontakt und Kundenservice statt Online-Bestellung, Reservehaltung, Verzicht auf Just-in-time-Strukturen, solides Handwerk statt auf Cent-Basis kalkuliertes Massenprodukt.

Unter Wirtschaft darf aber nicht nur der „klassische“ Produktions- und Dienstleistungssektor verstanden werden. Denn ein Gemeinwesen, wie wir es kennen und schätzen, basiert genauso auf kulturellen, sozialen, beratenden und therapeutischen Angeboten und Leistungen. Und sie sind für das Wohl der Gesellschaft auch unverzichtbar. Deshalb brauchen die betroffenen Berufe, besonders auch „freie“ Berufe, staatliche Hilfen und unsere Solidarität.

Abschließend: Ein interessanter Wandel liegt darin, dass Bayerns Ministerpräsident Markus Söder beim Einhalten von Beschränkungen von einem „Charaktertest“ für Bayern spricht. Der Charakter der Menschen hat bisher für die Politik keine Rolle gespielt. Ja, man hatte Angst davor, an die Moral oder das Verhalten zu appellieren, man wolle doch niemand vorschreiben, wie er zu leben oder sich zu verhalten habe. Das gilt offenbar nicht mehr...

>Finanzen

Die Kosten zur Bewältigung der Corona-Krise werden gewaltig sein. Um Pleiten und Insolvenzen zu verhindern, Wirtschaft und Industrie zu stützen und sog. systemrelevante Bereiche und Arbeitskräfte zu unterstützen, geben Bund und Länder 3-stellige Milliardenbeträge aus, letztlich sind es Steuergelder, also das Geld sehr vieler Menschen. Die Hilfen sind also auch ein Akt der Solidarität.

Kann diese Entwicklung auch zu einem Umdenken in der Finanzwelt führen? Also dazu, dass vorhandenes oder noch zu generierendes Kapital (Anleihen, Fonds) in hohem Maße auch für Gemeinwohl- und Infrastrukturleistungen gebraucht wird. Die internationale Finanzwirtschaft sollte ein „brainstorming“ veranstalten, welche Finanzprodukte hierfür bereits vorhanden sind oder neu geschaffen werden müssten. Und die Finanzpolitik sollte beraten, wo Regulierung nötig ist, um schädliche oder unsinnige Modelle wie Wetten auf fallende Kurse oder Spekulationen auf Lebensmittelerträge unmöglich zu machen.

>Medien

Klassische Kommunikationsmedien wie Zeitungen und Radioprogramme werden in Corona-Zeiten wieder verstärkt genutzt. Auch deshalb, weil Zuverlässigkeit und Informationsdichte von den Nutzern als positiv und nützlich empfunden werden. Und

auch wenn viele Redaktionen und Studios personell und räumlich von der Krise betroffen sind, ist die Kreativität und die Programmvierfalt erstaunlich.

Allerdings ist ein Trend festzustellen, sich sehr stark auf das eine Thema Corona zu fokussieren und andere wichtige Themen untergehen. Natürlich sind auch Zeitungsredaktionen und Radiosender in ihren Möglichkeiten eingeschränkt. Doch besteht auch die Tendenz, solche TOP-Themen sehr breit auszuwalzen. Hier sollte das richtige „Mittelmaß“ gefunden werden.

Auffällig ist der Einzug zahlreicher Anglizismen in unsere Alltagssprache. Manchmal hat man das Gefühl, man braucht sie, um den harten Kern der Beschränkungen erträglicher zu machen. Ist es nicht besser, von „social distance“ zu sprechen statt von Abstand, mit dem man sonst nichts zu tun haben möchte. Feste Bestandteile unserer Sprache sind auch schon „shut down“, „lock down“ oder „home schooling“. Da uns die Folgen der Pandemie nach Aussagen vieler Experten jahrelang begleiten werden, werden wir diese Ausdrücke wohl verinnerlichen?

>Weltgemeinschaft

Überdeutlich zeigt die Pandemie, dass bei solchen globalen Krisen die Solidarität unter allen Staaten nötig ist. Neben den national getroffenen Maßnahmen muss eine Koordinierung von medizinischer Forschung, Bereitstellung von Schutzausrüstungen, ein weltumspannendes Frühwarnsystem, ein verpflichtendes Meldesystem und ein globaler Hilfsfonds über die UNO sichergestellt werden. Mögen auch verschiedene Aktionen der WHO in der Corona-Krise (z.B. zögerliche Einstufung als Pandemie) Anlass zur Kritik geben, eine Sperrung von Finanzmitteln, wie gerade von den USA praktiziert, ist gegenüber der Weltgemeinschaft verantwortungslos. Im Übrigen gibt es Regionen wie Teile von Ostafrika (Somalia, Kongo, Äthiopien), die derzeit auch noch von der Ebolaseuche und katastrophalen Heuschreckenplagen heimgesucht sind und deshalb dringend auf die Solidarität aller angewiesen sind.

>Wissenschaft

In der Corona-Krise kommt der Wissenschaft eine bedeutende Rolle zu. Der Eindruck ist, das erste Mal seit langer Zeit haben politische Entscheidungsträger den Wissenschaftlern (insbesondere den Virologen und Epidemiologen) wieder zugehört und Empfehlungen angenommen. Doch auch Widersprüche tauchen auf.

Das Beschriebene sollte Richtschnur auch für andere globale Herausforderungen sein: Klimawandel, Artensterben, Agrogentechnik. Und der Beitrag der Zivilgesellschaft ist bei diesen Punkten noch größer. Denn bei der Gentechnik oder den Gesundheitsrisiken von elektromagnetischen Feldern (EMF) ist die Wissenschaft gespalten. Hier müssen wir als Gesellschaft klar Stellung beziehen.

Und sehr wichtig ist die interdisziplinäre Forschung, weil es Universalgelehrte wie seinerzeit Alexander von Humboldt nicht mehr gibt bzw. nicht mehr geben kann.

Doch muss von den Staaten eine unabhängige Forschung sichergestellt werden, die nicht vorwiegend von Industrieinteressen und Drittmitteleinsatz abhängig ist.

>Ökologie

Corona als Ausgangspunkt für einen Wandel kann/sollte Ansporn sein, mit vergleichbarer Dynamik Herausforderungen wie Klimawandel, Agrarwende oder Artensterben anzugehen. Das Argument, bestimmte Maßnahmen seien den Menschen nicht zuzumuten, wäre nach Corona unglaubwürdig.

Mir kommt gerade das Bild von der „Sorge um das gemeinsame Haus“ in den Sinn, die Papst Franziskus in seiner Schrift „Laudato si“ geäußert hat. Mit Haus ist unser gemeinsames Ökosystem gemeint, das aufgrund unseres „ausschweifenden Lebensstils“ auf dem Spiel steht. Und die Schwächung des Systems der natürlichen Lebensgrundlagen macht uns als Teil der Natur auch anfälliger für die Ausbreitung von und den Ansatzpunkten für solche Pandemien.

Da bin ich bei dem vor einigen Jahren im Chiemgau gedrehten Film: „Weiloisirgendwiazamhängd“, der den Zusammenhang von nachhaltiger Lebensmittelproduktion und gesunder Ernährung zum Gegenstand hatte. Da bekommt der Verweis auf die Folgen des Flügelschlags eines Schmetterlings eine aktuelle Bedeutung.

>Tiefenökologie

Es wäre zu einfach, die Bewältigung der Corona-Krise allein an Geldhilfen, neuen Technologien und der Entwicklung eines neuen Impfstoffes festzumachen. Wir brauchen in Zeiten von Instabilität und Ungewissheit auch Möglichkeiten immaterieller Art, um mit diesen Phänomenen umgehen zu können und um eine solche Krise nicht als „Weltuntergangsszenario“ oder als „Strafe Gottes“ miss zu verstehen. Eine gute Alternative für eine tiefergehende Sichtweise bietet der Ansatz der Tiefenökologie der amerikanischen Systemanalytikerin Joanna Macy. Damit bietet sich auch Raum eine Wiederverbindung des Menschen mit der Natur als Ausgangspunkt aller Lebensprozesse auf unserer Erde unter dem Motto „Totengräber des Alten und Hebammen des Neuen“.

<https://nachhaltig-sein.info/umdenken/tiefenoekologie-definition-bedeutung-joanna-macy>

>Ausblick

Ungewissheit ist ein Kennzeichen der Corona-Zeit. Ungewissheit über Entwicklung und Dauer der Pandemie, über die wirtschaftlichen Folgen und über die Lockerung oder Aufhebung von Beschränkungen. Mit solchen Ungewissheiten müssen wir versuchen umzugehen. Niemand kann den Menschen mehr Gewissheiten glaubhaft machen.

Doch es liegt auch an uns, wie die Zukunft aussehen kann. Und wir können uns vorbereiten.

Hilfestellung kann uns dabei die Zukunftsforschung geben. Das vom Zukunftsforscher Matthias Horx gegründete Zukunftsinstitut mit Sitz in Frankfurt und Wien beschreibt 4 mögliche Szenarien für die Zeit nach Corona.

- Die totale Isolation
- System-Crash
- Neo-Tribes
- Adaption

<https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/aufloesung-4-zukunftsszenarien-nach-corona/>

Horx selbst stellt in seiner sog. Regnose Betrachtungen an, wie wir die Krise nach ihrem Überstehen rückwirkend betrachten werden unter dem Motto „Im Rauschen des Positiven: Die Welt nach Corona“.

<https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/im-rausch-des-positiven-die-welt-nach-corona/>

Mein Fazit: Für unsere Freiheit streiten, den Wandel (mit)gestalten!

Und zwar mit Kopf, Herz und Hand!

Was meinen Sie dazu?

Holzkirchen, 1. Mai 2020